

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Ergebnisse des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2025/2026

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 12.09.2026

Am 26. August 2026 wurde der Niedersächsische Demokratie-Monitor 2025 vorgestellt. Die Studie wird alle zwei Jahre von der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen erstellt und vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium finanziert. Befragt wurden zwischen August und Oktober 2025 telefonisch 1 498 Menschen ab 16 Jahren.¹

Die zentralen Befunde zeichnen ein gemischtes, insgesamt aber alarmierendes Bild: 93 % der Befragten unterstützen zwar prinzipiell die Demokratie als Staatsform. Gleichzeitig ist die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland auf einen neuen Höchststand gestiegen: 30 % sind „sehr“ oder „eher unzufrieden“ (2019: 14 %), während nur noch 27 % „sehr“ oder „eher zufrieden“ sind (2023: 35 %). 43 % der Befragten antworten auf die Frage mit „teils/teils“. Erstmals überwiegt damit der Anteil der Unzufriedenen den der Zufriedenen.²

Laut Medienberichten ist die Offenheit für autoritäre Alternativen besonders auffällig: 52 % meinen, Deutschland brauche eine einzige starke Partei. 30 % befürworten die Regierung durch eine starke Führungspersonlichkeit ohne parlamentarische Kontrolle. 10 % sprechen sich offen für eine Diktatur aus. Mehr als die Hälfte der Befragten (53 % „fragile Demokrat*innen“ plus 7 % „Antidemokrat*innen“) ist demnach bereit, zumindest Einschränkungen demokratischer Prinzipien zu tolerieren.³

Zugleich zeige sich eine Rechtsverschiebung bei der politischen Selbstverortung: Der Anteil derjenigen, die sich als „sehr rechts“ einordnen, sei von 1 % (2023) auf 5 % (2025) gestiegen. Weitere 19 % sehen sich als „eher rechts“. Die politische Mitte schrumpfe von 49 % auf 45 %, während der linke Rand weitgehend stabil bleibe. Die Autoren sprechen ausdrücklich nicht von einem „Rechtsruck“, sondern von einer asymmetrischen „Rechtsverschiebung“.⁴

Das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker sowie in Parteien bleibt laut dem Demokratie-Monitor auf niedrigem Niveau. Der Erstautor der Studie, Philipp Harfst, bilanzierte: „Insgesamt gibt es keinen Hinweis auf eine unmittelbar bevorstehende Systemkrise, wohl aber auf einen schleichenden Verlust demokratischer Integrationskraft“.⁵

1. Hält die Landesregierung die Methodik und Interpretation des Demokratie-Monitors für seriös? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html>; <https://www.zeit.de/news/2026-08/26/mehr-niedersachsen-sehen-sich-als-rechts>; <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-150.pdf>

² <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html>; <https://www.rtl.de/rtl-nord/niedersachsen-bremen/demokratie-in-niedersachsen-in-gefahr-studie-aus-goettingen-mit-neuen-zahlen-id31234174.html>

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html>; <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-150.pdf>

⁴ <https://www.zeit.de/news/2026-08/26/mehr-niedersachsen-sehen-sich-als-rechts>

⁵ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/demokratie-monitor-2025-30-prozent-wuenschen-sich-starken-anfuehrer,demokratie-148.html>

2. Wie erklärt die Landesregierung die im Demokratie-Monitor 2025 festgestellte asymmetrische „Rechtsverschiebung“ der politischen Selbstverortung (s. o.: Anstieg von „sehr rechts“ von 1 % auf 5 %, Schrumpfen der Mitte von 49 % auf 45 %)?
3. Wie erklärt die Landesregierung, dass erstmals seit Beginn der Erhebungen 2019 mehr Menschen in Niedersachsen mit dem Zustand der Demokratie unzufrieden (30 %) als zufrieden (27 %) sind?
4. Welche Verantwortung misst die Landesregierung ihrem eigenen politischen Handeln und den Ergebnissen der rot-grünen Regierungskoalition für den schleichenden Verlust demokratischer Integrationskraft bei, den die Autoren der Studie diagnostizieren?
5. Hat die Landesregierung nach eigener Einschätzung in den vergangenen Jahren Fehler gemacht, die das Vertrauen in Politik und Demokratie in Niedersachsen beschädigt haben - und wenn ja, welche?
6. Wie bewertet die Landesregierung den Befund, dass 52% der Befragten eine einzige starke Partei und 30 Prozent eine starke Führungspersönlichkeit ohne parlamentarische Kontrolle befürworten, und welche konkreten Maßnahmen leitet sie daraus ab?
7. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass 10 % der Befragten offen für eine Diktatur sind und dass 53 % als „fragile Demokrat*innen“ eingestuft werden, die demokratischen Prinzipien prinzipiell unterstützen, aber Einschränkungen tolerieren würden?
8. Inwieweit sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen ihrer Politik in den Bereichen Migration, innere Sicherheit, Wirtschaft und Klimaschutz und der steigenden Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie sowie der Rechtsverschiebung?
9. Welche konkreten, messbaren Maßnahmen hat die Landesregierung seit der letzten Erhebung des Demokratie-Monitors 2023 ergriffen, um dem bereits damals diagnostizierten Vertrauensverlust entgegenzuwirken - und warum haben diese Maßnahmen den weiteren Anstieg der Unzufriedenheit offenbar nicht verhindern können?
10. Wie bewertet die Landesregierung den Befund, dass das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker sowie in Parteien weiterhin auf sehr niedrigem Niveau verharrt, während regulative Institutionen wie Polizei und Gerichte deutlich höheres Vertrauen genießen?
11. Sieht die Landesregierung in den Entwicklungen der Ergebnisse des Demokratie-Monitors ein Argument für oder gegen ihr bisheriges Vorgehen in Hinsicht auf die abgefragten Bereiche?
12. Plant die Landesregierung, die Ergebnisse des Demokratie-Monitors 2025 zum Anlass für eine selbstkritische Überprüfung ihrer bisherigen Strategien zur Stärkung der demokratischen Kultur zu nehmen - und wenn ja, in welcher Form und mit welchen konkreten Zielsetzungen?